BUND LÄNDER KOMMISSION
für Informationstechnik in der Justiz

Veröffentlichungen zur 119. BLK-Sitzung
am 20. und 21. April 2026
in Bochum

TOP 1) Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2) Grüne Liste

TOP 3) Bekanntgabe von Umlaufbeschlüssen

TOP 4) E-Justice-Rat

TOP 5) - AG Zukunft (inkl. dBMC) (Thema Nr. 2)

Die AG Zukunft hat seit der Herbst-Sitzung 2025 der BLK mehrere Handlungsstränge, die auf eine Optimierung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Digitalisierung ausgerichtet sind, weiter vorangetrieben. Themenschwerpunkte waren die Erstellung einer Konzeption für die Erprobung eines strategischen Portfoliomanagements sowie in enger Zusammenarbeit mit der Sachkommission für IT im Justizvollzug die Erarbeitung einer Digitalstrategie für den Justizvollzug. Die Konzeption für die Erprobung des Portfoliomanagements sowie die Digitalstrategie für den Justizvollzug wurden am 22.04.2026 vom E-Justice-Rat gebilligt.

Nunmehr wird unter der Federführung eines von der AG Zukunft eingerichteten Themenkreises ein Prozess zur Beantragung einer Finanzierung aus den Mitteln der Digitalsäule des noch in Verhandlungen befindlichen Pakts für den Rechtsstaat durchgeführt. Ein Beschluss über das Portfolio einschließlich der Finanzierungsaussagen soll nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung des E-Justice-Rates im September 2026 gefasst werden. In die fachliche Zuständigkeit der AG Zukunft fallen dabei die strategischen Initiativen

- Untersuchung Arbeitsplatz der Zukunft (Federführung BE sowie NW)

- Deutsche Beweismittelcloud (einschließlich Zivilsachen)
- Digitalisierung Justizvollzug (in Abstimmung mit der AG Sachkommission für IT im Justizvollzug)
- Justiz Digital 4.0.

Unter der Federführung der Länder Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird die Umsetzung der Digitalstrategie für den Justizvollzug vorbereitet. Dies beinhaltet insbesondere die Erarbeitung eines Vorschlags für die künftige Steuerungsstruktur, in die die Umsetzung und kontinuierliche Weiterentwicklung überführt werden kann.

Im Rahmen ihrer strategischen Zuständigkeit unterstützt und fördert die AG Zukunft weitere Projekte, wie etwa den Aufbau einer bundeseinheitlichen Justizcloud, die Weiterentwicklung des Justizportals www.justiz.de, die Projekte „Zivilgerichtliches Online-Verfahren“ und „Digitale Rechtsantragstelle“.

TOP 6) - Themenkreis Portfoliomanagement (Thema Nr. 2c)

TOP 7) - Verzicht oder Vereinfachung der Berichte zu ERV und eAkte für den EJR (Thema Nr. 52)

Nach der im Wesentlichen erfolgreichen Einführung der elektronischen Akte besteht nicht länger Bedarf, turnusmäßig über die Fortschritte zu berichten. Daher entfallen zukünftig die Berichte an den E-Justice-Rat zum Stand des ERV und der eAkte.

TOP 8) - EKE (inklusive EU-Themen) (Thema Nr. 53)

TOP 9) - Sachkommission für IT im Justizvollzug (Thema Nr. 41)

TOP 12) - AG Elektronischer Rechtsverkehr (Thema Nr. 1)

TOP 13) Ebenenübergreifender Einsatz von Videokonferenztechnik (Thema Nr. 2a)

TOP 14) - AG Maschinell geführtes Grundbuch (inkl. dabag) (Thema Nr. 4)

TOP 15) - Arbeitsplatz der Zukunft (Themen Nr. 49a & 49b)

Die Einführung elektronischer Gerichts- und Verfahrensakten konnte die Justiz im Jahr 2025 im Wesentlichen erfolgreich abschließen. Für die erforderliche Entwicklung von der elektronischen Aktenbearbeitung hin zu einer digitalen Justiz in der modernen Gesellschaft hat die Justiz bereits wichtige Erfahrungen gesammelt und Zielvorstellungen erarbeitet. Hierzu haben die Reformkommissionen für den Zivil- und für den Strafprozess fachliche Impulse und Anforderungen skizziert. Außerdem hat der E-Justice-Rat mit der Digital-Strategie ein strategisches Zielbild definiert.

Die gewachsene IT-Anwendungslandschaft in den Ländern erschwert es jedoch mitunter, die technischen Chancen moderner IT-Infrastrukturen wie Cloudtechnologien effizient zu nutzen und den vollen Funktionsumfang digitaler Bearbeitung zu erschließen. Die weiterhin heterogene IT-Anwendungslandschaft führt zu komplexen, langwierigen und damit auch innovationskritischen und teuren Softwareentwicklungsprozessen. Der historisch begründete Fokus auf die Verarbeitung von Dokumenten anstelle von Daten führt zu unnötigen Datenübertragungen, Transaktionen und Mehrfachspeicherungen.

Die BLK nähert sich dem Arbeitsplatz der Zukunft daher mittels einer Machbarkeitsstudie für ein einheitliches digitales Ökosystem an. Mit der Studie soll langfristig und umfassend untersucht werden, wie diese Lücke in einem Gesamtzielbild für eine digitale Justiz geschlossen werden kann, und dafür ein technisches Zielbild für eine Enterprise Architecture Justiz im Sinne eines bundeseinheitlichen IT-Ökosystems erstellt werden.

Parallel befasst die BLK sich mit der Zukunft der drei eAkten-Verbünde. Die grundsätzliche Idee einer weiteren gemeinsamen Entwicklung scheint auf Grundlage der

bisherigen Erfahrungen vorzugswürdig gegenüber einer langfristig getrennten Entwicklung. Nach aktuellem Stand könnte ein Zusammenschluss der eAkten-Systeme im Laufe der 2030er Jahre realistisch sein. Hierbei stellt sich die grundlegende Frage, ob eine vollständige Neuentwicklung oder die Weiterentwicklung eines eAkten-Systems anhand des Zielbildes einer eAkte der Zukunft und unter Berücksichtigung der Anforderungen aus allen Verbünden erfolgen soll.

Für dieses Zielbild wurden bereits einzelne Eckpunkte gesammelt: Cloudfähigkeit, KI-Anbindung, daten- und dokumentengetriebenes Arbeiten, Austausch/Teilen von Akten über Berechtigungen statt Versand, digitale Souveränität, originär digitale Prozesse und weitergehende Automatisierung der Abläufe. Für das weitere Vorgehen wird auch die Prüfung wesentlich sein, welche Funktionalitäten ausschließlich deshalb umgesetzt wurden, weil sie entsprechend für die oder in der Papierakte vorgesehen waren, und ob diese so identifizierten Funktionalitäten künftig noch sinnvoll sind. Im nächsten Schritt wird daher eine Ausschärfung des Zielbilds erfolgen.

TOP 16) - AG Maschinell geführte Register (inkl. AuRegis) (Thema Nr. 5)

TOP 17) - AG IT-Governance (Thema Nr. 17)

Die Arbeiten der Servicestelle Anforderungsmanagement (SAM) werden ruhend gestellt. Anforderungen mit architektonischen oder Integrationsaspekten werden durch das Justiz-Architekturboard unter der Leitung des BLK-Architekturbüros behandelt.

TOP 18) - IT-Standards (Thema Nr. 7)

Die AG IT-Standards hat die Weiterentwicklung der Standards EGVP, SAFE und XJustiz fortgeführt. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Pflege und Weiterentwicklung der EGVP-Produkte, die Erstellung von CRs, die Releaseplanung und die Tests neuer Versionen betreut.

TOP 19) - Juristische Informationssysteme (Thema Nr. 9)

Die AG Juristische Informationssysteme hat den Austausch mit den Anbietern verschiedener juristischer Datenbanken fortgesetzt. Als weiteren Arbeitsschwerpunkt kümmert sich die AG Juristische Informationssysteme um die Fragen, die sich in Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen stellen.

TOP 20) - Court Data Base (CDB) (Thema Nr. 55)

Am 16. Januar 2024 ist die sogenannte Digitalisierungsverordnung der Europäischen Union in Kraft getreten. Sie regelt die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit innerhalb der EU. Gestaffelt über die kommenden knapp sechs Jahre werden mitgliedstaatliche Behörden verpflichtet, bei grenzüberschreitender Kommunikation ein sogenanntes dezentrales IT-System zu nutzen, das auf dem e-CODEX System basiert. Nationaler Handlungsbedarf besteht u.a. hinsichtlich der Lieferung und Aktualisierung der Zuständigkeitsinformationen der beteiligten Behörden in die Gerichtsdatenbank der Europäischen Kommission (Court Database, CDB). Nur Behörden mit Eintrag in der CDB können an das dezentrale IT-System angeschlossen werden.

Derzeit existiert keine einheitliche Datenbasis, die alle zuständigen Behörden erfasst. Denn von der Digitalisierungsverordnung sind nicht nur Gerichte und Staatsanwaltschaften betroffen, sondern auch verschiedene andere Stellen. Daher müssen weitere Datenlieferanten der Landes- und Bundesverwaltung und ggf. auch der berufsständischen Kammern erschlossen werden. Ein einheitliches Erfassungs- und Pflegesystem existiert momentan nicht, so dass durch heterogene Datenzulieferungen mit erheblichen Mehraufwänden zu rechnen ist. Da die Fachdaten über alle Datenbestände hinweg eine einheitliche Taxonomie aufweisen und es Schnittmengen (Redundanzen) bei den geführten Einheiten gibt, bestehen jedoch Synergie- und damit Konsolidierungspotentiale.

In SAFE-public werden heute bereits die Kommunikationsdaten aller am nationalen Rechtsverkehr teilnehmenden Entitäten verwaltet. Wie von der Projektgruppe im Ergebnisbericht zum Beschluss Nr. 56 der 116. BLK-Sitzung vorgeschlagen, sollen zur Vermeidung redundanter Datenhaltungs- und Pflegeprozesse zukünftig auch die an die europäische Court Database (CDB) zu übermittelnden Kommunikations- und Zuständigkeitsdaten der am EU-Rechtsverkehr teilenehmenden Entitäten in SAFE-public verwaltet werden. Gleiches gilt für die im Orts- und Gerichtsverzeichnis (OGV) vorgehaltenen Informationen. Zukünftig soll SAFE-public als „Single Point of Truth“ alle Zuständigkeits- und Kommunikationsdaten der am nationalen und EU-weiten elektronischen Rechtsverkehr teilnehmenden Entitäten vorhalten und Drittsystemen wie der CDB und dem OGV über Schnittstellen zur Verfügung stellen.

Auf Grundlage des Beschlusses der 117. Sitzung der BLK hat die Projektgruppe ein Grobkonzept für Umsetzung dieses Vorhabens erarbeitet. Darin wird beleuchtet, welche fachlichen und organisatorischen Maßnahmen für die Anpassungen von SAFE-public und der angrenzenden Systeme erforderlich sind und mit welchen Aufwänden zu rechnen ist. Auf Basis des Beschlusses der 118. BLK-Sitzung wurde das Grobkonzept zu einem Fachfeinkonzept fortgeschrieben, das die fachlichen Anpassungserfordernisse von SAFE-public im Detail spezifiziert.

TOP 21) - AG KI (Thema Nr. 11)

Die BLK-AG KI hat im Berichtszeitraum die Umsetzung der KI-Strategie vorangetrieben und die Einrichtung von KI-Reallaboren für Justiz und Rechtsdienstleister geprüft.

TOP 22) - Bundeseinheitliches Justizportal (Thema Nr. 44)

TOP 23) - Digitalisierungsinitiative (Thema Nr. 46)

TOP 24) - Pakt für den Rechtsstaat 2025 - Digitalsäule (Thema Nr. 47)

TOP 25) - Vollstreckungsdatenbank (elektronisches Titelregister) (Thema Nr. 48)

TOP 26) - Vorbereitungsphase zur Umsetzung einer bundeseinheitlichen Justizcloud (Thema Nr. 54)

TOP 27) - Information über die Tätigkeit des EJR nach dem Vorbild des IT-PLR (Thema Nr. 6)